



OBERST HESZTERA:  
Die EU ist verwund-  
bar geworden

INTERNATIONAL:  
Europäische Sicher-  
heit im Wandel

AKTUELLER FALL:  
Diplomaten  
Schmuggelring

EU-PROJEKT:  
Godiac - Neue Wege  
in der Polizeitaktik

Der Frust im Ermittlungsverfahren:

# Chancengleichheit herstellen



## Bundesländer rücken näher

Keine Frage, unsere Vereinigung entwickelte sich aus der „Freien Vereinigung der Wiener Kriminalbeamten“. Die Ursprünge liegen also in Wien. Es dauerte nicht lange, bereits 1922 sah man, dass die Konzentration auf Wien unter Ausschluss der Bundesländer nicht zweckmäßig ist und dehnte die Organisation auf ganz Österreich aus.

Bei der Wiedergründung nach dem 2. Weltkrieg stand es außer Debatte, dass die „Vereinigung der Bundeskriminalbeamten“ in der ganzen Republik tätig sein wird. Sektionen wurden gegründet, die in der Folge mehr oder weniger Aktivitäten setzten. Man muss es leider sagen, in einem gewissen Maße waren die Mitglieder in den Bundesländern benachteiligt. Die Betreuung der Bundesländerkollegen war sehr unterschiedlich und wurde noch dazu in ihrer Gesamtheit von Jahr zu Jahr weniger. Nur dort wo auch Funktionäre mit Initiative vorhanden waren, etwa in Innsbruck, gab es auch ein Vereinsleben.

Ein wesentliches Ziel bei der Bestellung des Vorstandes bei der Wahl 2009 war die Förderung der Bundesländer. Wie das geschehen sollte war auch schon angedacht. Die Sektionen erhalten eine finanzielle Unterstützung um örtliche Aktivitäten zu setzen und die Vereinsleitung wird die Sektionen entsprechend kontaktieren. Es folgten Besuche in Linz, Innsbruck und Klagenfurt, wo auch Mitgliederversammlungen abgehalten wurden. Für Salzburg ist für nächsten Monat ein Treffen aller Sektionsleiter vorgesehen. In Graz gab es bereits mehrere informelle Treffen und bei der Vorstandssitzung im Jänner wurde ein neuer Sektionsleiter bestellt. Damit wird auch die steirische Landeshauptstadt wieder in den Kreis der aktiven Sektionen aufgenommen. Die kleineren bisher nicht besuchten Sektionen wurden nicht vergessen. Sie werden noch im Laufe des Jahres besucht. Das heißt aber nicht dass diese Sektionen bisher untätig waren. Die von der Sektion Steyr organisierte „Sternfahrt“ in die Stadt und die Besichtigung der dortigen Mannlicher-Waffenfabrik ist eine der Aktivitäten, die Wiener und Bundesländerkollegen zusammenbringen soll. Eine dankenswerte Initiative, die sicher Nachahmer finden wird.

Die Bundesländer und die Bundeshauptstadt sind nun näher gerückt, aber das ist nicht das einzige Zusammenrücken in unserer Vereinigung. Bis zur Reform 2003 konnten Kollegen des Kriminaldienstes der Gendarmerie nicht ordentliches Mitglied werden, auch wenn sie Jahrzehnte als Kriminalbeamte Dienst versehen hatten und ihr kriminalistischer Ruf weit über die Bundesländergrenzen hinausging. Auch das haben wir 2009 geändert. Wer immer Kriminaldienst versieht ist bei uns willkommen, egal ob seine ehemalige Uniform grün oder grau war.

Richard Benda,  
Präsident

## INHALT

EDITORIAL	
Bundesländer rücken näher	3
NEWS	5
Nationale und Internationale Kurzmeldungen	
INTERNATIONAL	
- Polizeikongress in Berlin: Europäische Sicherheit im Wandel	6
- FRONTEX schützt die Grenzen - theoretisch	7
TOP-THEMA	11
Ermitteln und vermitteln Chancengleichheit herstellen	
WEITERBILDUNG	13
Vorsicht Brandstifter	
AUSLAND	15
Jung, männlich und alkoholisiert	
INTERN	
- Josef Steinhäusl	17
- Mitgliederversammlung Klagenfurt	17
- Steyr, Most and more	19
DER AKTUELLE FALL	21
Diplomaten Schmuggelring aufgedeckt	
EU-PROJEKT	23
GODIACs Eltern	
EUROPA	25
Die EU ist verwundbar geworden	
JUSTIZ	29
Zurück zur Unschuld	
BUCHTIPPS	33
- "Ausgetanzt"	
- "Finanz Mafia"	
CYBER-CRIME	34
Piratenjäger stellen Geschäfte ein	

### Österreich: Bilanz der Fremdenpolizei

Das österreichische Fremdenrecht gilt international als sehr streng, hat aber zur Folge, dass im Gegensatz zu anderen Staaten sowohl Asylanträge, als auch illegale Einreisen geringer werden. Zentrum und Ziel von Illegalen in Österreich ist die Bundeshauptstadt Wien. Das Fremdenpolizeiliche Büro der Bundespolizeidirektion Wien bilanzierte seine Arbeit für 2010 folgendermaßen: Von den etwa 100 Mitarbeitern wurden 3.556 Fremden- u. Konventionsreisepässe ausgestellt, 887 Ausweisungen veranlasst und 1.815 Aufenthaltsverbote ausgesprochen. 1.094 Personen wurden abgeschoben und 269 s.g. Dublin-Fälle an das Einreiseland innerhalb der EU rückgestellt. 1.071 Anträge zur Festnahme wurden an die Exekutive ausgestellt und 2.597 Personen in Schubhaft genommen. Von den 1.719.868 in Wien lebenden Personen, sind 430.268 oder 25% Ausländer. Bei den in Wien lebenden Ausländern stehen die Serben mit 78.754 Personen unangefochten an erster Stelle. Die Türken wurden von deutschen Staatsbürgern (45.704) auf Platz 3 verdrängt.



### USA: Schlechte Gesundheit verursacht Kriminalitätsangst

Einen interessanten Zusammenhang erkannten die amerikanischen Wissenschaftler Jonathan Jackson und Mai Stafford. Die beiden Autoren haben in ihrer Studie „A prospekt cohort study“ nachgewiesen, dass eine schlechte psychische oder physische Verfassung mit einer überhöhten Angst vor Kriminalität einher geht.



### USA: Ermittlungshilfe

Forscher an der Michigan State University haben eine Software entwickelt, um die Suche nach Verbrechern mittels Phantombildern zu erleichtern. Das System dient dazu, speziell handgezeichnete Bilder mit behördlichen Archivfotos abzugleichen und so bereits amtsbekannte Täter schnell zu identifizieren. Da ein Phantombild keine exakte Abbildung einer Person darstellt, vergleicht die Software dazu markante Strukturen wie die Augen- und Kinnpartie. Nach Augenzeugenberichten gefertigte Täterbilder spielen gerade bei der Suche nach Schwerverbrechern eine große Rolle. Manche Behörden wie beispielsweise das FBI bevorzugen dabei bis heute Handzeichnungen, da diese genauer sind als computergestützt erzeugte Bilder. Im Gegensatz zu einem Foto oder Video einer Sicherheitskamera ist aber auch das beste Phantombild keine exakte Abbildung der gesuchten Person, was den Abgleich mit behördlichen Fotodatenbanken erschwert.



### Deutschland: Deutsche Polizeigewerkschaften fusionieren

Im Gegensatz zu Österreich ist die gewerkschaftliche Vertretung der Polizei in Deutschland zersplittert. Die Kripo wird vor allem vom BdK (Bund Deutscher Kriminalbeamter), die Bundespolizei vom BGV (Bundespolizeigewerkschaft) oder allgemein von der DPoIG (Deutsche Polizeigewerkschaft) oder von GdP (Gewerkschaft der Polizei) vertreten. Durch die Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in die Bundespolizei hat die BGV an Bedeutung verloren und viele Mitglieder an die GdP verloren. Auf der anderen Seite organisiert heute schon die DPoIG zunehmend auch Bundespolizeibeamte. Ein Zusammenschluss von BGV und DPoIG wäre daher nur konsequent, vor allem vor dem Hintergrund der starken GdP.

Die Idee der Fusionierung ist nicht neu und es gab bereits drei Anläufe, den ersten vor fast 20 Jahren. Kurz vor der Vertragsunterzeichnung rebellierten aber die Landesverbände der Bundespolizeigewerkschaft und die Fusionierung wurde abgeblasen. Jetzt soll die Angelegenheit behutsam angegangen werden, denn nicht überall findet der Gedanke des Zusammenschlusses Zustimmung. Rainer Wendt (Bundesvorsitzender DPoIG) und Rüdiger Reedwisch (Bundesvorsitzender BGV) betonen, dass die Identität beider Organisationen nicht aufgegeben werden soll.





## 14. Europäischer Polizeikongress: Europäische Sicherheit im Wandel

Dass die Emigration tausender Tunesier in Richtung Italien zeitgleich mit dem 14. Europäischen Polizeikongress in Berlin stattfand, konnte im Vorfeld niemand ahnen, doch die Brisanz der Situation flimmerte von jedem Bildschirm. Augenscheinlich wurde damit auch Skeptikern, die das Problem alleine mit Sozial Helfern bereinigen wollen, gezeigt: Die Polizei steht an vorderster Front, wenn Migranten in Massen in Richtung „Festung Europa“ ziehen. Hier waren es eben italienische, gestern waren es die Griechen und wer morgen damit beschäftigt sein wird, kann man nicht wissen. Auch der Veranstaltungsort Berlin zeigt, was passiert wenn die Integration nicht klappt. Und wieder ist die Polizei an vorderster Front und muss die Versäumnisse und Fehlentwicklungen bei der Integration ausbaden.

### Daten und Fakten

Die Schwierigkeiten bei Behandlung der Probleme wurden bei der Konferenz deutlich sichtbar. Aus einem ehemals nationalstaatlichen Problem ist eines der EU geworden und dort ist man sich (wie verwunderlich) uneins über die Vorgangsweise. Von Seite der Politiker, es waren immerhin drei EU-Kommissare, mehrere deutsche Innenminister und etliche Abgeordnete anwesend, gab es weise Ratschläge was man tun könnte oder sollte. Klartext sprachen dagegen die Polizisten. Vor allem der Exekutivdirektor von FRONTEX, der Finne Ilkka Laitinen, zeigte die globale Dimension der Migrationswege und die Schwierigkeit der Bekämpfung auf (Siehe nebenstehender Bericht). Auch Mathias Seeger, seines Zeichens Präsident der Bundespolizei, verging sich nicht in philosophische Gefilde, sondern berichtete klar Daten und Fakten. 32.000 bearbeitete Fälle, 17.800 Geschleuste und

*Die österreichische Delegation beim Empfang des rumänischen Botschafters Dr. Comanescu*



700 Schleuser festgenommen, 570 Verfahren wegen Organisierter Kriminalität – das waren die Eckpfeiler der Arbeit der Bundespolizei und des Vortrages von Seeger.

## Trittbrettfahrer auf dem Flüchtlingszug

Die österreichische Delegation stellte unter den ca. 1.400 Teilnehmern aus 60 Ländern nur eine kleine Gruppe, doch ihr Sprecher, der Landespolizeikommandant von Wien General Karl Mahrer, sorgte dafür, dass wie bereits im Vorjahr der österreichische Weg zur Behandlung eines Problems Erstaunen hervorrief. Mahrer belegte mit Zahlen, dass im Gegensatz zu Europa, wo die Zahl der Asylanträge steigt, in Österreich ein Rückgang von minus 33% zu verzeichnen ist. So schlecht kann also die Behandlung des Problems Migration in Österreich nicht sein. Ein wesentlicher Faktor bei der österreichischen Methode ist, die sofortige Ausscheidung von s.g. Wirtschaftsflüchtlings. Nach Zahlen des BMI, sind das ca. 85% aller Personen, die um Asyl ansuchen. Die Konzentration auf die wirklichen Flüchtlinge, die Beschleunigung der Verfahren und die Abschiebung aller „Trittbrettfahrer auf dem Flüchtlingszug“ hat dazu geführt, dass Schlepper ihre Opfer lieber in anderen Ländern abliefern, wo sie eher in das Herrschaftsgebiet der Schattenwirtschaft abtauchen können.

## Bedrohungslage durch islamistischen Terror

Zu leugnen, dass das Problem Migration und Integration auch mit Terrorismus Schnittpunkte hat, wäre blauäugig. So war das Thema „Bedrohungslage durch islamistischen Terror“ in verschiedenen Vorträgen direkt oder indirekt präsent. Die Aussage eines Vortragenden „Nicht jeder Moslem ist ein Terrorist, aber die meisten Terroristen sind Moslems.“ war wohl eine Kernaussage. Überraschend auch die Aussage von Ribal Al-Assad (Präsident der Organisation für Demokratie und Freiheit

in Syrien): Erst die Unterstützung der arabischen Diktaturen durch den Westen hat die Moslebrüder und die Al Kaida stark gemacht.

Neben dem Hauptthema wurden im Laufe des Kongresses noch 13 Fachforen zu aktuellen Sicherheitsfragen abgehalten. Vor

allem das Forum über Internetpolizei war stark gefragt, sind doch in dieser Richtung die stärksten Zuwachsraten zu verzeichnen. Wirtschaftsspionage, Internationale Polizeimissionen, Antidiskriminierung in der Polizeiausbildung und weitere Themen wurden von Interessierten stark angenommen.

## FRONTEX schützt die Grenzen - theoretisch

FRONTEX, die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, wird gerne als das Wundermittel angesehen, um die „Festung Europa“ gegen Flüchtlingsmassen abzuschirmen. Ein Irrglaube wie Frontex-Chef Ilkka Laitinen beim 14. Europäischen Polizeikongress erklärte.

*Als die Bilder tausender Tunesier, die auf Lampedusa landeten, die Nachrichten beherrschten, wurde sofort wieder der Ruf nach FRONTEX laut. Wer oder was ist FRONTEX, fragte sich der Laie? FRONTEX (abgeleitet aus dem Französischen Frontieres exterieures) wurde 2004 durch Verordnung der EU gegründet und hat ihren Sitz in Warschau. Sie ist zuständig für die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen und für die Koordinierung bei operativen Einsätzen. Dass sie nebenbei Risikoanalysen macht, gemeinsame Ausbildungsrichtlinien festsetzt und die Mitgliedsstaaten bei der Ausbildung unterstützt, sei nur am Rande erwähnt.*



**Ilkka Laitinen, Exekutivdirektor von FRONTEX, beim Vortrag anlässlich des 14. Europäischen Polizeikongresses**

## Nur operative Einsätze

*Genau bei dieser Aufgabenstellung beginnt das Dilemma: FRONTEX koordiniert, kann aber nicht selbständig tätig werden. Um einschreiten zu können, bedarf es des formellen Ersuchens eines Landes. Der Schutz der Grenzen ist nach wie vor in der Souveränität der einzelnen Staaten und der anfordernde Staat hat auch die Erstmaßnahmen zu setzen. Bei einer Aktion übernimmt er die Führung. FRONTEX setzt sich nach diesem Ersuchen mit jenen Staaten in Verbindung, die bereits im Vorfeld angeboten haben für Einsätze Personal, Experten und Geräte zur Verfügung zu stellen. Es wird dann ein RABIT (Rapid Border Intervention Team) gebildet, das zur Verfügung*

gestellt wird. Welche Staaten sich beteiligen, das hängt vom jeweiligen Einsatz ab. So wäre Österreich bei einem Einsatz auf See (ca. 15% der Einsätze), wie er im Mittelmeer schon durchgeführt wurde, mangels Seemittel, fehl am Platz. Womit Österreich als Partner für FRONTEX gegen die Migration tausender Tunesier auf dem Seeweg nach Italien nicht in Frage kommt.

## Handicap von FRONTEX

Anders verhält es sich beim bisher größten Einsatz von FRONTEX an der türkisch-griechischen Grenze. Nach der Sperre des Mittelmeeres für „boat people“ verlagerte sich der Migrantenstrom sofort in die Türkei. Fast 90% der illegalen Einwanderer in die EU nahmen plötzlich diesen Weg. Als täglich 200 – 300 Menschen illegal diese Grenze überquerten, rief Griechenland um Hilfe. Zwischenzeitlich hat sich dieses Einfallstor für Illegale zur größten Aktion von FRONTEX entwickelt und verschlingt etwa 80% des Budgets (etwa 90 Millionen € jährlich, zum Teil auch von Nicht-EU-Ländern finanziert). Womit ein zweites Handicap von FRONTEX sichtbar wird – die geringen Ressourcen. Gehen die Mittel aus, was 2010 geschah und auch heuer wahrscheinlich sein wird, muss bei der EU um neues Geld angesucht werden und das ist ein komplexer Vorgang. Warum FRONTEX-Einsätze viel Geld verschlingen ist leicht erklärt.

Sie muss den beteiligten Staaten sämtliche Kosten ersetzen, die anfallen und

das sind nur um ein Beispiel zu nennen für ein Schiff, das im Mittelmeer kreuzt 3.000 – 6.000 Euro pro Stunde und ein Schiff ist gar nichts. Menschen, Flugzeuge etc. alles zusammengezählt, geht eben ins Geld

## Operation „Hermes“

Zurück ans Meer, zurück nach Italien. Laut FRONTEX-Chef Laitinen befanden sich zum Zeitpunkt des Beginns der tunesischen Invasion auf Lampedusa, ein „Staff-Team“ vor Ort und ein vorbereiteter Plan sei aktiviert worden. Eine Anforderung Italiens sei zum Zeitpunkt (16.2.2011) noch nicht eingetroffen. Die Anforderung Italiens langte bei FRONTEX einige Tage später dann doch ein und die Operation „Hermes“ konnte beginnen. Die italienischen Kräfte werden nun im Meeresgebiet zwischen Italien und Malta durch ein Flugzeug und einige Patrouillenboote verstärkt.

Der größte Einsatz von FRONTEX fand bisher an der türkisch-griechischen Grenze statt



Italien setzt scheinbar eher auf die Solidarität der anderen EU-Länder, die Geflüchtete übernehmen sollen. Italien tut medial auch Einiges um sich als Opfer der Flüchtlingswelle zu präsentieren, doch die Zahlen sprechen ein anderes Bild. Nicht Italien oder Griechenland haben bisher die meisten Flüchtlinge aufgenommen, sondern Schweden. Das kleine Belgien beherbergt 3x so viele Flüchtlinge innerhalb seiner Grenzen als Italien.

## Der Strom geht nach Norden

Österreich scheint in der Aufnahmestatistik an dritter Stelle auf, hat also seine humanitäre Pflicht voll erfüllt. Südliche Länder wie Griechenland, Spanien und Italien sind zwar die Einfallstore, doch der Strom geht gegen Norden. Laitinen wies in seinem Vortrag auch darauf hin, dass sich die Flüchtlingsströme nicht willkürlich bewegen, sondern zum Teil von Schlepperbanden gelenkt, laufend neu orientieren. Maßnahmen eines Landes würden sofort mit der Umlenkung der Ströme auf andere Länder beantwortet.

Solange die europäischen Staaten keine gemeinsame Flüchtlings- und Einwanderungspolitik beschließen, wird die Organisierte Kriminalität, in diesem Fall im Sektor Schlepperwesen, daran verdienen. Solange FRONTEX nicht schneller eingesetzt werden kann und mit einem vorhersehbar zu geringem Budget ausgerüstet ist, kann sie auch nicht schlagkräftig vorgehen.

# Ermitteln und vermitteln Chancengleichheit herstellen

Die Republik Österreich ist ein Rechtsstaat, so steht es in unserer Verfassung und so wird es auch von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung verstanden. Aufgabe der Exekutive ist es, die geltende Rechtsordnung mit verhältnismäßigen Mitteln durchzusetzen. Verbrecher sollen dingfest gemacht und ordentlichen Gerichten zugeführt werden.

Zu den wichtigsten rechtsstaatlichen Grundsätzen in diesem Zusammenhang gehört die ebenfalls in der Verfassung festgeschriebene Gleichbehandlung. Dabei gibt es weder Vorrechte eines Standes, einer Familie, oder der Herkunft. Verdächtige haben ungeachtet ihrer materiellen Möglichkeiten Anspruch auf professionelle Rechtshilfe und Verteidigung. So unbestritten und wichtig diese Rechte für Beklagte sind, schützen Sie nur einen Teil der Beteiligten. Dafür gibt es gerade in der letzten Zeit zahlreiche Beispiele.

## Kampagnen gegen Polizei und Justiz

Da behaupten Verdächtige, mit teilweise öffentlichkeitswirksamer Unterstützung, wie sehr sie durch die Strafverfolgungsbehörden Unrecht erlitten hätten. Netzwerke, die von vielen Menschen im Glauben an eine grundsätzlich gute Sache unterstützt und gefördert werden, wenden sich „spontan“ mit professionell geplanten Kampagnen gegen Polizei und Justiz.

Da werden Bruchstücke aus Ermittlungsergebnissen zitiert und ein Puzzle aus Dichtung und falschen Verdächtigungen als Tatsachenbericht präsentiert. Neu dabei ist auch, dass diese Kampagnen gegen rechtsstaatliche Einrichtungen und Organe auch von dem einen oder anderen Politiker aktiv unterstützt werden.

## Amtsverschwiegenheit verpflichtet

Polizeibeamte oder Funktionäre der Justiz

haben hingegen nahezu keine Möglichkeit auf derartige Vorgänge zu reagieren. Sie sind durch die Amtsverschwiegenheit verpflichtet, diese Beschuldigungen im Wesentlichen kommentarlos zur Kenntnis zu nehmen. Das dies in den genannten Berufsgruppen oftmals zu Frust führt darf nicht wundern. Als vor wenigen Wochen ein junger Polizist in Ausübung seines Dienstes getötet und sein Kollege schwer verletzt wurde, war dies gerade mal ein paar Zeilen in der Lokalpresse wert. Als ein nachweislich seit längerer Zeit erfolgreich tätiger Drogendealer gestellt und dabei verletzt wurde, spekulierte man seitenweise darüber ob diese Verletzung nicht zu vermeiden gewesen wäre.

## Die Abschiebung als Bumerang

Einem ermittelnden Staatsanwalt, welcher prominenten Finanzjongleuren auf der Spur ist, wird vorgeworfen schlechte Arbeit zu leisten. Würde er alle Schwierigkeiten aufzählen die ihm dabei, oft unter Einsatz beträchtlicher Geldmittel, gemacht werden, wäre er diesen Fall bald los und hätte sogar mit diszipliniären Schwierigkeiten zu rechnen. Ähnliches gilt in weiterem Sinne auch für andere Verwaltungsbehörden.

Auch die Abschiebung von Ausländern welche in verschiedenster Weise bei uns kriminell wurden, kann sich rasch als Bumerang erweisen. Kirchen und andere soziale Institutionen und Medien welche sich für den Verbleib der scheinbar netten Familie einsetzen, dürfen über diese

Hintergründe nicht informiert werden. Das dieses Thema zunehmend an Aktualität gewinnt zeigt ein Vorschlag von Justizministerin Bandion Ortner.

## Neue Kommunikations- form

Unter dem Begriff „Ermitteln und vermitteln“ soll eine neue Kommunikationsform entstehen. Diese darf einerseits Ermittlungserfolge nicht gefährden und soll andererseits ein möglichst großes Maß an öffentlicher Information zulassen. Gleichzeitig muss der Schutz von Persönlichkeitsrechten weiterhin gegeben sein. So soll der immer wieder auftauchenden Meinung entgegengetreten werden, dass die Justizbehörden untätig seien. Dabei geht es zweifellos auch um jene spektakulären Fälle die letzten Zeit die immer wieder für Kritik sorgten.

Dieses Vorhaben der Justiz ist vor allem im Licht moderner Kommunikationstechniken ein durchaus interessanter Ansatz. Dass die Vereinigung Kriminaldienst Österreichs diese Bestrebungen der Justizministerin unterstützt ist daher nur allzu verständlich.

• Josef W. Lohmann

# Vorsicht Brandstifter

Jährlich werden in Österreich laut Kriminalstatistik rund 700 Fälle von Brandstiftung angezeigt. Nur jede vierte Brandstiftung kann aufgeklärt werden. Die meisten Brände werden von Serienbrandstiftern gelegt.

Irgendwie wird die Brandermittlung, nicht nur in Österreich, stiefmütterlich behandelt und das obwohl der durch Brandstiftung entstandene Schaden in die Millionen Euro geht. Innerhalb der Kripo, so scheint es, wird dagegen die Brandursachenermittlung als interessante kriminalistische Aufgabe angesehen. Für die "Vereinigung Kriminaldienst Österreich" ein Grund, interessierten Beamten entsprechendes Wissen zu vermitteln. Seit 2009 bietet die VKÖ Schulungen über das Thema an, weit mehr als 100 Beamte haben zwischenzeitlich ihr Fachwissen aufgepeppt und wie die Vormerkungen der Anmeldungen zeigen, ist der Plafond an Interessenten noch nicht erreicht.

## Großes Interesse

Das große Interesse der Wissensdurstigen liegt vor allem am Vortragenden. Die VKÖ hatte hier Glück, denn unser Mitglied Frank D. Stolt, seines Zeichens Sicherheitsfachwirt und Brandsachverständiger mit internationaler Erfahrung, war bereit sein Wissen weiterzugeben. Sein Fachwissen hat sich Stolt unter anderem im EKF (Büro für Erkennungsdienst, Kriminaltechnik und Fahndung) und in mehreren Hochschulstudien angeeignet, seine praktische Erfahrung als Sachverständiger zwischen Klagenfurt und Hongkong. In Österreich wurde er schon bei mehreren spektakulären Fällen

von Gerichten als Sachverständiger herangezogen.

Nach mehreren Grundkursen in Wien, wurde am 1. März d. J. erstmalig ein Kurs in Klagenfurt angeboten. In den Räumlichkeiten des SPK Floridsdorf folgte am 2. und 3. März Spezialwissen für Brandermittler aus Wien, Kärnten, Steiermark und dem Burgenland. Am Programm standen die Themen "Serienbrandstifter und Brandermittlung an Verkehrsmitteln". Die Motive von Serienbrandstiftern, im Volksmund gerne als „Feuerteufel“ bezeichnet (Vandalismus, politische oder religiöse Motive, Persönlichkeitsstörungen etc.) sind ebenso ein wesentlicher Faktor zur Täterermittlung wie die Tatbegehungsweisen. „Probierfeuer“ mit geringem Schaden dürfen nicht bagatellisiert werden, denn auch bei Brandstiftungen beginnen die Täter klein. Neben fachlich-theoretischem Topwissen wurden den Teilnehmern viele praktische Tipps gegeben, wie und wo Ermittlungen ansetzen können.

## Alle acht Minuten...

Alle acht Minuten brennt in Deutschland ein Auto, das sind rund 40.000 Kfz-Brände im Jahr. Fast 500 dieser Autos werden durch Brandstifter abgefackelt. Vieles bleibt dabei im Dunkeln, denn die Brandberichte sind oft voller fragwürdiger Erklärungsversuche.



**Brandspürhunde wären bei Kfz-Bränden überfordert**

Die von Stolt teilweise durch Bildmaterial belegten, oft haarsträubenden Ermittlungsfehler ließen die Zuhörer aufhorchen. Fast immer ist es nicht Leichtsinn oder Faulheit, sondern einfaches Unwissen der amts handelnden Beamten, die zu solchen Fehlern führt. Auch der Einsatz von Brandspürhunden bei Kfz-Bränden wurde relativiert, sie sind hier überfordert.

## Fortbildung als Schlüssel

Stolt räumte auch mit der Mär von Waldbränden auf, die sich durch Glassplitter selbst auslösen. Das Wissen über Physik und Chemie sind für einen Brandermittler unbedingte Voraussetzung. Ständige Fortbildung sieht Stolt als den Schlüssel zur Brandursachenermittlung an. Neue Werkstoffe, ja selbst Bio-Treibstoffe, verändern Brandentstehung- und Ablauf. Wie gefährlich Unwissen bei der Brandursachenermittlung ist, wurde an Hand eines Falles aus Deutschland aufgezeigt. Eine bereits in 1. Instanz wegen Mordes verurteilte angebliche Brandstifterin, wurde durch Sachverständigengutachten entlastet und in 2. Instanz freigesprochen. Die Berliner Brandermittler hatten verbrannten Kunststoff mit Brandbeschleuniger verwechselt.



Deutschland - Gewalt gegen Polizeibeamte:

# Jung, männlich und alkoholisiert

Von der deutschen Gewerkschaft der Polizei und dem Kriminologischen Institut Niedersachsen wurde im Dezember 2010 der Öffentlichkeit eine Studie über Gewalttäter vorgestellt.

Die wichtigsten Ergebnisse der Befragung von Polizeibeamten die Opfer von Gewalttaten im Dienst wurden, waren folgende: Etwa ¼ der Gewalttäter agierten alleine. 92,9% der Täter waren männlich und in der Regel jüngeren Alters. 60% davon unter 25 Jahren. Diese Grundaussagen decken sich mit der Kriminalstatistik, die 87,2% der Täter als männlich ausweist. 40% der Täter waren eindeutig als Menschen nicht deutscher Herkunft erkennbar, die also einen Migrationshintergrund aufweisen. (Die tatsächliche Staatsbürgerschaft wurde bei der Studie nicht berücksichtigt).

Oft mehr als 50% Migrationshintergrund. Interessant, dass es Unterschiede in den einzelnen Bundesländern gibt. Während in den Bundesländern die ehemals im Gebiet der DDR lagen nur 11,4% der Täter Migrationshintergrund hatten, waren es in den westlichen Bundesländern 42,4%. In Großstädten über 500.000 Einwohnern erhöht sich die Anzahl auf 51,5%. Es ist auch nicht egal bei welchen Amtshandlungen es zu Übergriffen kommt. Während bei Demonstrationen nur 24,7% der Täter Migrationshintergrund haben, sind es bei individuellen Einsatzsituationen 54,2%. Einen wesentlichen Anteil dieser Täter kommt aus dem

Raum der ehemaligen Sowjetunion. 283 der 874 nicht deutschen Täter kommt aus diesem Bereich. Der Anteil der türkischstämmigen Täter beträgt 23,1% oder in Zahlen 202 der Fälle.

## Motiv Staatsfeindschaft

Bei der Motivation zur Gewalt liegt eindeutig die Verhinderung der Festnahme (37,8%) an erster Stelle, es folgt aber dicht danach die Feindschaft gegenüber Staat und Polizei mit 30,5%. Das Motiv Staatsfeindschaft ist bei türkischstämmigen Tätern die Motivation Nr. 1 mit 35,4%. Hier hat sich eine eklatante Verschiebung zu einer Studie von 2005 gezeigt, damals lag das Motiv Staatsfeindschaft nur bei 24,9%. Gesteigert hat sich auch die Begehung unter Alkoholeinfluss. 2005 waren 62,8% der Täter alkoholisiert, 2010 waren es bereits 70%. Dieser Anteil erhöht sich bei Gewalttaten im Rahmen von Veranstaltungen auf über 93%.

## Oft nur Geldstrafen

Während Alkoholisierung bei weiblichen Tätern keine Rolle spielt, beträgt sie bei Tätern aus islamischen Ländern nicht ganz 34%, bei ehemaligen Russen 82%. Der Anteil der alkoholisierten deutschen Täter liegt



bei 75%. Übrigens sind 2/3 der Täter bereits amtsbekannt. Dieser Punkt ist für Polizeibeamte besonders frustrierend. Wenn polizeiliche oder strafjustizielle Maßnahmen so wenig wirksam sind, dass Täter sofort wieder gewalttätig werden, stimmt etwas nicht. Tatsächlich wird gegen Gewalttäter nicht besonders hart vorgegangen. In 27% der Fälle wird das Verfahren gegen den Täter eingestellt, in 50% der Fälle gibt es nur eine Geldstrafe. Absolut frustrierend ist, dass die involvierten Polizeibeamten bei jedem vierten Täter Tötungsabsicht erkannt haben. Einziger Pluspunkt: In den meisten Fällen kann auch bei Gewalttätigkeit die angestrebte Amtshandlung durchgeführt werden. Nur 11% der Täter können nicht ausgeforscht werden.

## Josef Steinhäusl 1933-2011 †

Die Ausgangslage im Leben des Josef Steinhäusl war nicht gerade rosig. Mitten in der Depressionszeit am 20. Mai 1933, als fünftes von sechs Kindern in der Nähe von München geboren, konnte man nicht ahnen, dass er in seinem zukünftigen Leben Karriere macht. Die Familie zog bald nach Wien, aber auch dort gab es nur Armut, Hunger und bald auch Krieg. Josef Steinhäusl kam nach der Schule in eine Schlosserlehre, wechselte aber bald den Beruf und wurde Polizist. Er konnte auch bald seinen Traum eine „weiße Maus“ zu werden verwirklichen, denn er wurde in die Verkehrsabteilung aufgenommen. Eine Tätigkeit, an die er sich bis ins Alter gerne zurückerinnerte. Scheinbar reizte ihn auch der Kriminaldienst in den er übertrat. Erste Station seiner Krimina-

listenlaufbahn war das Sicherheitsbüro. Die fehlende Matura holte er im 2. Bildungsweg nach, denn er strebte nach Höherem. Jetzt konnte er sich als Offizier bewerben, absolvierte die Ausbildung und wurde der Kriminalabteilung des Kommissariats Innere Stadt zugeteilt. Das Ende seiner Dienstzeit erlebte er als Leiter der Kriminalabteilung Landstraße.

Josef Steinhäusl begnügte sich aber nicht ein guter Kriminalist zu sein, sondern engagierte sich auch gewerkschaftlich und war eine Zeit lang Personalvertreter. Seine besondere Liebe galt aber der Vereinigung der Bundeskriminalbeamten, wo er vom Beirat, zum Obmannstellvertreter und schließlich 1987 zum Obmann gewählt wurde. Bis 1996 leitete er auch die Geschicke unserer Verei-



gung. Er blieb bis zu seinem Tode Ehrenobmann unserer Vereinigung. Das Leben seiner letzten Jahre verlief im Kreise seiner Familie, mit seiner Frau, mit der er fast 53 Jahre verheiratet war und mit seinen zwei Söhnen. Und sein Leben verlief so wie er sich das vorgestellt hat, als Waidmann durch Wälder zu streifen. Der Tod unseres letzten noch lebenden Ehrenobmannes Josef Steinhäusl beendete auch ein erfülltes Familienleben.

Wir trauern mit seiner Familie

*Die Vereinigung Kriminaldienst Österreich*

## Mitgliederversammlung in Klagenfurt

Unserem Plansoll entsprechend, zumindest eine Vorstandssitzung pro Jahr in einer Sektion abzuhalten, haben wir bereits am 13. Jänner für 2011 erfüllt, der Vorstand tagte im BAG Klagenfurt. Der Sitzung wohnten auch die beiden Sektionsleiter Harald Jannach (Klagenfurt) und Karl Strohmeier (Graz) bei.

Im Anschluss an die Sitzung wurde im Festsaal eine Mitgliederversammlung abgehalten und am Beginn eine Power-Point-Präsentation über Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vereinigung den etwa 40 anwesenden Kollegen nähergebracht.

Die einzelnen Vorstandsmitglieder erklärten ihre Arbeitsbereiche und standen für Fragen der Mitglieder bereit. Die gute Verbindung zwischen Polizeiführung und VKÖ wurde durch die Anwesenheit von Landespolizeikommandant Gen.Mj. Wolfgang Rauchegger, dem Leiter des Kriminalamtes Oberst Türk und seinem Stellvertreter Oberst Martinz, sowie zwei ehemaligen Leitern des Klagenfurter Kripo-Referates, den Obersten Lackner und Mayer bestätigt.



v.l.n.r.: Sektionsleiter Harald Jannach und Präsident Richard Benda bei der Mitgliederversammlung



## IMPRESSUM

**Eigentümer und Herausgeber:** Vereinigung Kriminaldienst Österreich  
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133  
E-Mail: redaktion@kripo.at

**Präsident:** Richard Benda

**Chefredakteur:** Prof. Josef W. Lohmann

**Redaktionssekretariat:** Marion Elsigan

**Gestaltung:** Christian Doneis

**Mitarbeiter:** Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Tam Hanna, Ludvig Hinterkörner, Willibald Plenk, Herbert Zwickl, Mag. Manfred Zirn-sack, Helmut Tiefenbacher, Mag. Max Edelbacher, Helmut Bärtil

## Redaktionsadresse:

Redaktion der **kripo.at**, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at  
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.

## Sektionsleiter in den Bundesländern:

**SPK Eisenstadt,** Neusiedler Str. 84, 059 133 15-0,

**SPK Graz,** Paulustorgasse 8, 059 133 60, Karl Strohmeier

**SPK Innsbruck,** Kaiserjägerstr. 8, 059 133 70, Wolfgang Knöpfler,

**SPK Klagenfurt,** St. Ruprechterstraße 3, 059 133 253101, Harald Jannach,

**SPK Linz,** Nietzschestraße 33, 059 133 45-7526, Helmut Kaiser,

**SPK Wels,** Dragonerstraße 29, 059 133 4190-324, Martin Müllner,

**SPK St. Pölten,** Linzer Straße 47, 059 133 35-3311, Werner Steinböck,

**SPK Steyr,** Berggasse 2, 059 133-4140 324, Josef Fuchshuber



**Verleger:** Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Anzeigenverwaltung:** A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28 **Hersteller:** DHT Feldkirchen b. Graz, Gemeinergasse 1-3. **Verlags- und Herstellungs-ort:** A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen. Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

## Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.  
Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606

„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. [www.kripo.at](http://www.kripo.at)

Unsere Kooperationspartner



Grosses Interesse fand die Information in der Mannlicher - Steyr Waffenfabrik

## Steyr, Most and more

Das Interesse von Polizisten an Waffen ist berufsbedingt. So ist es nicht verwunderlich, dass eine ausgeschriebene Exkursion bei der Steyr-Mannlicher Waffenfabrik reges Interesse bei unseren Mitgliedern fand. Erfreulich auch, dass der Besuch in Steyr, der natürlich auch eine Stadtführung beinhaltet, zu einer Zusammenkunft von 41 Teilnehmer aus drei Sektionen mit Wiener Kollegen führte. Überrascht war man bei Steyr-Mannlicher über das Fachwissen der Gäste. Die vorbereiteten historischen Waffen genügten nicht und so wurden den Teilnehmern das neueste und legendärste aus der Produktion von Steyr-Mannlicher vorgeführt. Das durch Sektionsleiter Josef Fuchshuber perfekt organisierte Tagesprogramm fand allgemeine Zustimmung und endete wie bei derartigen Treffen üblich, mit einem geselligen Beisammensein, der Gegend entsprechend war es bei einem Mosttheurigen.

## Die Gäste überraschten durch grosses Fachwissen



## WIENER UND LINZER MITGLIEDER-TREFFS

### „MITGLIEDERTREFF DER WIENER“

Jeden 1. Montag im Monat  
ab 17.00 Uhr  
Gasthaus „d'Landsknecht“  
Porzellangasse/Ecke Thurgasse,  
1090 Wien

### „MITGLIEDERTREFF DER LINZER“

Jeden 1. Dienstag im Monat ab  
15.00 Uhr  
Polizei-Sportbuffet,  
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

### "KRIPO STAMMTISCH WELS"

jeden 1. Dienstag im Monat  
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

## TODESFÄLLE

**Josef Steinhäusel,**  
**Obst.**  
Wien  
im 78. Lebensjahr,

**Eduard Chalupka, AI.**  
Villach  
im 91. Lebensjahr,

**Kurt Smolar, AI.**  
Tribuswinkel  
Im 87. Lebensjahr,

**Maria Tatschl,**  
**Witwe n.**  
**Bl. Friedrich Tatschl,**  
Linz  
im 91. Lebensjahr,

# Diplomaten Schmuggelring aufgedeckt

Einen umfangreichen Schmuggel mit Zigaretten konnten die Kollegen der Zollfahndungen in Graz und Linz aufdecken. Die Organisatoren der Straftat waren ausländische Diplomaten die unter dem Deckmantel scheinbarer Immunität agierten.

Durch die Zollfahndungen Graz und Linz, unter Leitung der Staatsanwaltschaft Graz, konnte ein groß angelegter Schmuggel von Zigaretten durch in Serbien akkreditierte Diplomaten nach Österreich aufgeklärt werden. In Österreich entstand dabei ein nachgewiesener Steuerschaden von mehr als 700.000,- Euro. Der österreichische Verkaufswert der Zigaretten beläuft sich auf fast 1.000.000 Euro.

Bereits Anfang 2009 konnte ein Diplomatenfahrzeug einer Botschaft in Belgrad mit mehr als 180.000 Stück Zigaretten aus dem Verkehr gezogen werden.

## Intensive Ermittlungen

Nachdem sich die Hinweise verdichteten, dass es sich dabei lediglich um einen Schmuggeltransport von vielen gehandelt hat, wurden weitere, intensive Ermittlungen der Zollfahndungen Graz und Linz aufgenommen. Wie sich im Zuge der Ermittlungen herausgestellt hat, wurden zahlreiche Fahrzeuge und diplomatisches Personal, einer in Serbien etablierten Botschaft dazu verwendet, unter dem "Deckmantel der Diplomatie", Schmuggelzigaretten, vorwiegend aus dem Kosovo für eine organisierte serbische Tätergruppe, nach Österreich zu schmuggeln.

## 160.000 Schmuggelzigaretten

Im Frühjahr vorigen Jahres gelang den Zollfahndern schließlich ein weiterer Schlag gegen die Schmuggler. Dabei konnte erneut ein Diplomatenfahrzeug mit mehr als 160.000 Stück Schmuggelzigaretten aufgegriffen und ein in Serbien akkreditierter Diplomat sowie dessen Chauffeur festgenommen werden.

Im Zuge der weiteren Erhebungen der Zollfahndungen konnten auch die mutmaßlichen Abnehmer in Österreich festgenommen werden.

Dem sich in der Justizanstalt Graz-Jakomini in Haft befindlichen Diplomaten und dessen Chauffeur konnten insgesamt 36 Schmuggelfahrten mit einer Gesamtmenge von mehr als 5.000.000 Stück Zigaretten (25.000 Stangen !) in einem Zeitraum von fast zwei Jahren nachgewiesen werden.

**36 Schmuggelfahrten mit einer Gesamtmenge von mehr als 5.000.000 Stück Zigaretten**



**Fahrzeuge einer in Serbien tätigen Botschaft**



# EU-Projekt - GODIACs Eltern

Hinter dem griffigen Namen Godiac verbirgt sich ein EU-Projekt, welches mit vollem Namen „Good practice for dialogue and communication as strategic principles for policing political manifestations in Europe“ heißt.

Dies ist ein mit 1.2 Millionen Euro dotiertes Projekt, welches vom schwedischen Innenministerium gestartet und zu 30% finanziert wird – den Rest bezahlt die EU. Das Ziel ist die Beobachtung von „polizeilichen Großlagen“, also angemeldeten und nicht angemeldeten bzw gewaltsamen Demonstrationen.

## GODIACs Eltern

Auch wenn GODIAC selbst bis dato keine nutzbaren Berichte geliefert hat, ist es nicht das erste derartige Projekt – schon das 2004 gestartete und 2007 verlängerte EU-SEC befasste sich mit der „Sicherung von Großveranstaltungen“.

Obwohl die zweite Stufe des EU-SEC-Projekts erst 2011 ausläuft, gibt es bereits seit dem Dezember 2007 einen von der EU verabschiedeten Leitfadens für Polizei- und Sicherheitsbehörden.

Darin finden sich – unter anderem – folgende Empfehlungen:

- Einrichtung zentraler Kontaktstellen
- Festlegung einer Medienstrategie
- Frühe Planung der Gesamtstrategie
- Informationsaustausch (z.B. IgaST-Datenbank der BRD)
- Weitestgehende Strafverfolgung von Auffällig gewordenen

## Großlagen

Zum Erstellen einer Studie über polizeiliche Großlagen braucht man - logischerweise –

polizeiliche Großlagen. Der Castor-Protest und der NATO-Gipfel in Lissabon sind zweifellos nützlich, aber zu groß - der alljährlich in Wien stattfindende WKR-Ball samt zugehöriger Gegendemonstration kommt ob der limitierten „Interessentenpopulation“ gerade recht.

## 2010 - aufgelöst

2010 wurde die Gegendemonstration aufgelöst; Demonstranten wurden eingekesselt und mit mittelmäßigem Erfolg verwaltungsstrafrechtlich verfolgt. Da Medienvertreter im Kessel festsaßen, war die Berichterstattungstechnische Ausbeute suboptimal.

## 2011 – neue Ideen

2011 setzte man auf neue Konzepte. Am markantesten war zweifelsohne die exzellente Medienbetreuung.

AR Christian Hahslinger gab während der Ausschreitungen Interviews, und verhinderte so die Ausbreitung von inkorrekten Gerüchten (aus zum aufrecht gehen Unfähigen werden dank Twitter schnell Polizeiopfer).

Polizisten marschierten vor dem Demonstrationszug, und „säuberten“ die Straße nach Möglichkeit von Wurfobjekten. Da Demonstranten ihre mechanischen Wurfgeschosse in der Regel vor Ort rekrutieren, führte dies zu einer massiven Reduktion von Sachbeschädigungsvorfällen.

Man versuchte, permanent „einen Schritt



AR Christian Hahslinger sorgte für professionelle Medienbetreuung



Einsatzkräfte entfernten die Umgebung von eventuellen Wurfobjekten

voraus“ zu sein. Dadurch entstanden kleine Grüppchen, die sich permanent weiterbewegten, wenig Aufmerksamkeit erregten und den Verkehr nicht übermäßig behinderten.

• Tam Hanna

[1] <http://www.statewatch.org/news/2010/nov/eu-policing-protests-godiak-project.pdf>

[2] <http://derstandard.at/1293371093104/Anti-WKR-Demo-unter-EU-Aufsicht>

[3] <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32007H1222%2801%29:DE:HTML>

[4] <http://lab.unicri.it/eusecl.html>

[5] <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/34/34000/1.html>

# Die EU ist verwundbar geworden



Vor noch wenigen Jahren war Organisierte Kriminalität (OK) etwas Exotisches. Den Kinogehern liefen beim Anblick des „Paten“ Don Vito Corleone wohlige Schauer den Rücken. Immer in der Gewissheit, dass sie ein Hollywoodprodukt sahen, dem man nie im realen Leben begegnen würde.

Heute hingegen leugnet wohl niemand mehr die Existenz von Organisierter Kriminalität – doch ihr Einfluss wird noch immer unterschätzt. Dabei ist die Bedrohung überwältigend:

- Der Schaden von Online-Diebstahl beträgt weltweit 770 Milliarden Euro jährlich.
- Mit illegalen Drogen wird ein Gewinn von 100 Milliarden Euro jährlich erzielt.
- Die italienischen OK Gruppierungen haben im Jahr 2009 geschätzte 135 Milliarden Euro Gewinn gemacht.

Um das Ganze in die richtige Perspektive zu setzen – das Gesamtbudget der EU beträgt für das Jahr 2010 141,5 Milliarden Euro.

Das ist aber nur der wirtschaftliche Schaden – tagtäglich sind wir mit noch schlimmeren Auswirkungen von OK konfrontiert:

- In Europa gibt es 30 Millionen Drogenkonsumenten.
- Vier Prozent aller Sterbefälle bei Erwachsenen sind auf Drogen zurückzuführen.
- Allein in Europa werden jährlich 270.000 Menschen Opfer von Schleppern und Menschenhändlern.

## Ideales Ziel für Verbrecher

Die Europäische Union ist natürlich auch besonders verwundbar gegenüber den Gefahren der Organisierten Kriminalität. Die EU hat 500 Millionen Einwohner, die zu den reichsten der Welt gehören – ein ideales Ziel für Verbrecher. Der gemeinsame Markt, der freie Personenverkehr und die vom Unternehmergeist geprägte Wirtschaft vereinfachen das tägliche Leben und erhöhen den Wohlstand – gleichzeitig erleichtern sie auch kriminelle Handlungen.

## Die neue Form der OK

Diese „Geschäftsmöglichkeiten“ werden natürlich von der Organisierten Kriminalität ausgenutzt – insbesondere von der OK, die in den letzten Jahren entstanden ist. Der Trend geht weg von hierarchisch aufgebauten zu netzförmigen, zellularen Organisationen, die außerordentlich flexibel sind. Die „neue OK“ versucht sich in der legitimen Wirtschaft zu verbergen und diese zu unterwandern. Besonderes Interesse besteht an Geschäften mit hohem Bargeldumsatz wie Restaurants oder Callcenter, da diese

Geldwäsche erleichtern. Die Folge ist, dass die Grenzen zwischen Legalität und Illegalität immer mehr verschwimmen.

Vorbei sind auch die Zeiten als man die OK nach ethnischen Gesichtspunkten oder Spezialisierungen auf einen Kriminalitätstyp einteilen konnte.

Eine wesentliche Rolle spielt auch die moderne Informationstechnologie. Die Welt des Cyberspace wird massiv ausgenutzt, sodass eine virtuelle Untergrundwirtschaft entstanden ist.

## Die fünf kriminellen Drehscheiben der EU

Nicht nur die Wirtschaft agiert global sondern auch die OK. Dabei kommen genauso wie bei der Wirtschaft geographische und geopolitische Fragen zum Tragen. Innerhalb der EU haben sich so fünf Großregionen herausgebildet, die über bestimmte Standortvorteile verfügen, die sie zu Mittelpunkten der OK machen.

Kriminelle Drehscheiben entstehen vor allem durch die

- Nähe zu Hauptabsatzmärkten
- Geographische Lage und Infrastruktur

- Arten von OK Gruppen die darin operieren
- Wanderungsbewegungen von OK Gruppen
- Illegalen Zuflüsse (Drogen, gefälschte Produkte, ...) aus verschiedensten Bereichen

Als Beispiel für eine dieser Drehscheiben sei der Nord-Westen genannt.

### Kriminelle Kooperationen

Betrieben wird sie vor allem von kriminellen Gruppen, die in den Niederlanden und Belgien aktiv sind. Dabei kooperieren heimische Kriminelle, die versuchen verborgen zu agieren, mit ausländischen OK Gruppen, die als Produzenten oder Transporteure fungieren. Aber auch OK aus anderen EU Gebieten hat Außenstellen in diesem Raum, um direkten Geschäftskontakt zu halten.

Die Nord-West Drehscheibe zeichnet sich vor allem durch eine ausgezeichnete Transportinfrastruktur aus. So hat sie

- ein hohes Volumen an kommerziellem Transport
- ausgezeichnete Luft-, Wasser-, Bahn- und Straßeninfrastruktur
- Verbindung zu den Weltmärkten
- und ist Sitz der Haupt-Transatlantikverbindung

Der Bereich um Rotterdam und Antwerpen ist daher zum EU-Verteilerzentrum für Heroin, Kokain, Cannabis und synthetische Drogen geworden. Dieses Gebiet ist gleichzeitig das Zentrum für die Herstellung von synthetischen Drogen. Von hier ausgehend werden die Märkte in ganz Europa versorgt.

### Die „sechste“ Drehscheibe der Cyberspace

Im Cyberspace können Verbrecher in einem virtuellen, unbegrenzten Umfeld agieren und ihre globale Arbeitsteilung erschwert die polizeiliche Verfolgung.

Neue Entwicklungen wie Social Networking Sites (z.B. Facebook mit 400 Millionen Benutzerkonten) geben Kriminellen neue

Chancen und einen einfachen Zugang zu einer sehr großen Zahl potentieller Opfer.

### Kindesmissbrauch

In den letzten Jahren haben sich daher Phishing, Pharming, DDoS Attacken, Identitätsdiebstahl oder Cyberterrorismus explosionsartig vermehrt.

Eine der abstoßendsten Formen der Internetkriminalität ist der Kindesmissbrauch. Erst durch die Anonymität des Internets haben sich die Delikte in diesem Bereich vervielfacht. Weltweit gibt es 1.500 Webseiten, die Bilder von sexuell missbrauchten Kindern zeigen.

Aktuelle Trends zeigen, dass es zu einer zunehmenden Beteiligung von kriminellen Netzwerken an Pay-per-View-Webseiten kommt. Kreditkartenzahlungen für die Anschaffung von einschlägigem Material werden auf scheinbar legitime Webseiten umgeleitet.

Sexualstraftäter nutzen auch immer mehr hoch entwickelte Software, um ihre Anonymität zu sichern und sie verwenden Online-Storage- und Cloud-Computing, um riesige Mengen von Material über Kindesmissbrauch zu speichern. Dadurch ist eine Sicherstellung des Materials auf privaten Computern und ein Nachweis der Straftat fast unmöglich.

### Die Reaktion der EU und die Rolle Europols

Die neuen Formen der OK haben der traditionellen Polizeiarbeit sehr rasch ihre Grenzen aufgezeigt. In einer globalen Welt ist rein nationales Handeln zum Scheitern verurteilt. Obwohl bei weitem nicht perfekt, bietet die EU doch einige leistungsfähige Instrumente der Zusammenarbeit:

Eines dieser Instrumente ist Europol, die Strafverfolgungsbehörde der Europäischen Union. Europol beschäftigt derzeit fast 700 Mitarbeiter, die eng mit den Strafverfolgungsbehörden der 27 EU-Mitgliedstaaten und anderer EU-Partnerstaaten wie Australien, Kanada, den Vereinigten Staaten und Norwegen zusammenarbeiten.

Die Mitarbeiter von Europol kommen aus verschiedenen Strafverfolgungsbehörden,



**Oberst Hesztara – neuer krimineller Trend zu netzförmigen Organisationen, Schaden von Online-Diebstahl beträgt weltweit 770 Milliarden**

unter anderem der regulären Polizei, der Grenzpolizei, den Zollbehörden oder den Sicherheitsdiensten. Dieses behördenübergreifende Konzept hilft, Informationslücken zu schließen und den Raum einzuschränken, in dem Kriminelle agieren können. Außerdem sind bei Europol 130 Verbindungsbeamte der EU und anderer Partnerstaaten tätig.

### Rasche und direkte Kooperation

Sie sorgen für eine rasche und direkte Kooperation, die auf persönlichem Kontakt und gegenseitigem Vertrauen beruht.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit Europols steht die Analyse. Die über 100 Kriminalanalytiker zählen zu den bestausgebildeten Fachleuten auf diesem Gebiet.

Dadurch und durch die zahlreichen Plattformen zum sicheren Datenaustausch ist Europol ein operatives Hochsicherheitszentrum in dem jährlich über 12.000 Fälle analysiert und in operative Erfolge umgesetzt werden.

Europol erstellt aber auch regelmäßig Bewertungen mit umfassenden und vorausschauenden Analysen über Kriminalität und Terrorismus in der EU. So beschreibt die europäische Bedrohungsbewertung der organisierten Kriminalität (OCTA) den Aufbau organisierter krimineller Gruppen, die Art und Weise, wie sie agieren, sowie die Hauptformen der Kriminalität, von denen die Europäische Union betroffen ist.

- Oberst Gerald Hesztara

# Zurück zur Unschuld

Schon einmal wurde über die rein statistische Auswirkung der sogenannten „Diversion“ im Zusammenhang mit der statischen Entwicklung von Straftaten und den gerichtlichen Verurteilungen hingewiesen. Diese Regelung hatte vor allem statistisch eine enorme Auswirkung auf den Rückgang der entsprechenden Straftaten bzw. gerichtlichen Ver-

Mit der Einführung der Diversion wurde vor allem das Ziel verfolgt, an Stelle der Geldstrafe andere Maßnahmen einzusetzen, um viele Menschen zu „entkriminalisieren“.

Gleichzeitig geht es jedoch darum, die berechtigten Interessen der Verbrechenopfer, besonders was die Schadensgutmachung betrifft, wirkungsvoll und rasch zu berücksichtigen.

Unter Diversion versteht man daher, alle Formen staatlicher Reaktionen auf strafbares Verhalten. Dabei wird entweder auf die Durchführung eines Strafverfahrens verzichtet, oder die Beendigung eines solchen ohne Schuldspruch ermöglicht.

Dabei kommen folgende Möglichkeiten in Frage: Zahlung eines Geldbetrages (Geldbuße), gemeinnützige Leistungen, Probezeit und außergerichtlicher Tauschgleich. Der Anwendungsbereich beschränkt sich auf die Bezirksrichter- und Einzelgerichtszuständigkeit, wobei die Schuld des Verdächtigen nicht schwer sein darf.

## Opferhilfe

Mit den eingenommenen Strafgeldern sollten vor allem Einrichtungen der Opferhilfe gefördert werden. Dadurch gingen diese Einnahmen, welche früher bei Verhängung von Geldstrafen verhängt worden waren, zurück. Gleichzeitig wurden durch die Geldbußen höhere Einnahmen für die Opferhilfe erzielt.

Nun zeigte sich, dass zwar die Einnahmen aus den Geldbußen stiegen, aber die Ausgaben für die Opferhilfe weit zurückblieben. Dies wurde vom Rechnungshof ausdrücklich kritisiert. Die Zielsetzungen der StPO-Novelle 1999 bezüglich der Opferhilfe wurden daher nur in sehr beschränktem Ausmaß erreicht.

So war es bislang für die Opfer von Straftaten nicht möglich eine „Subsidiaranklage“ zu erheben. Desgleichen sich dem Verfahren als Privatbeteiligte anzuschließen und dadurch einen Exekutionstitel zur Durchsetzung ihrer Schadenersatzansprüche zu erlangen.

## Voraussetzungen

Allen „Diversionsmaßnahmen“ ist gemeinsam, dass ein geklärter Sachverhalt vorliegen muss - mindestens aber ein so hoher Tatverdacht, der auch sonst zur Anklageeinbringung ausreichen würde. Besonders ist zu betonen, dass „Diversion“ immer freiwillig sein muss, als eine Art „Angebot“ an den Verdächtigen.

Selbstverständlich müssen auch die Interessen des Opfers geprüft werden. Das Opfer kann eine Person seines Vertrauens zuziehen und ist rechtzeitig und umfassend über seine Rechte zu informieren. Ebenso ist es über die Opferschutzeinrichtungen in Kenntnis zu setzen. Bei einem Rücktritt von der Strafverfolgung ist das Opfer vorher



grundsätzlich zu hören. Erklärt sich der Beschuldigte bereit, den Schaden gutzumachen, zum Ausgleich der Tatfolgen beizutragen, übernimmt er eine Pflicht welche die Interessen des Opfers unmittelbar berührt, so ist dieses zu verständigen.

## Erfahrungen

Bisherige Erfahrungen zeigen, dass seitens der Gerichte und Staatsanwaltschaften grundsätzlich häufiger zu dem Instrument „Diversion“ gegriffen wird und bedeutend weniger Verfahrenseinstellungen stattfinden. Auch wurde die Zahl der Verurteilten stark gesenkt („kein Volk der Vorbestraften“), sogar die Anzahl der Verurteilungen zu Geldstrafen verminderte sich um die Hälfte. Die Zahl der Freiheitsstrafen blieb gleich.

„Diversionsmaßnahmen“ (z.B. Geldbußen)



sind vor allem deshalb wirksam, da sie in direktem Zusammenhang mit dem Täter und seiner Tat stehen. Die persönliche Auseinandersetzung mit der geschädigten Person und die Wiedergutmachung, vor allem bei Konflikten im sozialen Nahbereich, ist unersetzlich und wertvoll. Wichtig dabei ist auch die Erbringung "Gemeinnütziger Leistungen" (z.B. Sozialarbeit, etc.), vor allem im Bereich der Vermögensdelikte.

## Bewertung

Um eine endgültige Bewertung der „Diversions“ abzugeben ist es noch zu früh. Dennoch ergeben sich aus dem bishe-

rigen Anwendungszeitraum interessante Fragen, z.B.:

- Welche Art von Diversionsangeboten wird angenommen und welche nicht? Wie oft und wann wird dennoch das "förmliche" Verfahren der „Diversions“ vorgezogen und warum ?
- Welche Diversionsangebote werden zwar angenommen, scheitern aber an der Unfähigkeit des Beschuldigten die Bedingungen zu erfüllen ? Was passiert nach nicht angenommener oder erfolgloser Diversion im Strafverfahren ?

Unabhängig davon ist festzustellen, dass die „Diversions“ im Alltag der Menschen

wenig bekannt ist. Ihre Möglichkeiten und Auswirkungen sind bislang zu wenig erforscht. Es ist daher die Aufgabe der Politik, vor allem der jene Justiz, auch die Öffentlichkeit ausführlich zu informieren. Gegner und Befürworter der „Diversions“ tun gut daran, in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen den Geschädigten (das Opfer) zu stellen. \*

• Willibald Plenk

\*unter teilweiser Verwendung der Studie von Dr. Arno Pilgram : "die STPO-Nov.1999 u. ihre Auswirkung auf Diversion und Strafverfolgung"

## Diversion - auch Kriminalbeamte betroffen

Es ist schon einige Zeit her als ein bulgarischer Staatsangehöriger in Österreich in einer Nacht von Donnerstag auf Freitag aufgrund eines internationalen Haftbefehles (Festnahme zwecks Auslieferung) inhaftiert und dem Gericht eingeliefert wurde.

Routinemäßig wurde Interpol Sofia angeschrieben. Am Sonntag rief der zuständige Richter beim Journaldienst von Interpol Wien an und erkundigte sich nach der Antwort aus Sofia. Vom diensthabenden Beamten wurde auf das Schreiben an Sofia verwiesen. Tatsächlich kam jedoch bereits zwei Tage zuvor ein Schreiben aus Sofia, in dem, ohne deutlich erkennbaren Zusammenhang mit der Anfrage aus Wien, lapidar die Fahndung widerrufen wurde.

Die beiden Schriftstücke (Anfrage an Sofia – Widerruf aus Sofia) fanden nicht zusammen und so saß der bulgarische Staatsangehörige ein Wochenende ein, obwohl die Fahndung bereits widerrufen war.

Schlussendlich kam es zu einem Verfahren gegen 3 Beamte des Bundeskriminalamtes wegen „Vergehens der fahrlässigen Verletzung der Freiheit der Person oder des Hausrechtes“ durch die Staatsanwaltschaft Wien, verbunden mit einem Diversionsangebot. Den Beamten wurde vorgeworfen, dass sie unter Außerachtlassung der gebotenen Sorgfalt und Aufmerksamkeit dafür verantwortlich wären, dass der Bulgare nicht sofort enthaftet wurde.

Ein Beamter nahm das Diversionsanbot von €1.800,- an. Das Gericht stellte in der Hauptverhandlung das Strafverfahren gegen



gegen die beiden anderen Kriminalbeamten bedingt auf 1 bzw. 2 Jahren ein.

Interessantes Detail in der Beschlussbegründung gegen einen der Kriminalbeamten: „... war der Beschuldigte zwar nur untergeordneter Weise beteiligt, er hat jedoch auch einen kausalen Tatbeitrag geleistet, welcher auch unter Berücksichtigung der dauernden Anforderung und des großen Ausmaßes der Belastung im Journaldienst eine Fehlleistung darstellte, die dem Beschuldigten bei seiner gefahrgeneigten Tätigkeit nicht unterlaufen hätte dürfen. Der Beschuldigte hat im konkreten Fall die gebotene Sorgfalt nicht eingehalten, obwohl es ihm möglich und zumutbar gewesen wäre“.

Diese Begründung bedarf wohl keines weiteren Kommentars.



Anni Brückl

## „Ausgetanzt“ – Ein Krimi mit Lokalkolorit

Können Sie sich einen Edgar Wallace-Krimi ohne den wabbernden Nebel Londons vorstellen? Wie fad wäre ein Donna Leon-Krimi ohne die Kulisse von Venedig? Warum bleiben wir nicht in Österreich. Die Trostlosigkeit von Hallstatt in einer regenreichen Jahreszeit, gekoppelt mit einem Mörder, der auf theatralische Weise sein Opfer ausstellt – wie wäre es damit?

Anni Brückl, Jahrgang 1970, Mitglied der „Mörderischen Schwestern“ (Kein Geheimbund mordender Frauen, sondern eine Gruppe von Schriftstellerinnen) hat das Salzkammergut, vor allem Hallstatt als Stätte ihrer literarischen Humanschlichtung auserkoren. In ihrem Kriminalroman „Ausgetanzt“ gibt es alles was Donna Leon und Edgar Wallace auch bieten: Eine mystische Umgebung, wie den geheimnisvollen Salzberg, ein paar sich eigenartig benehmende Damen und ein geheimnisvolles Fest, dutzende Verdächtige, einen draufgängerischen Inspektor (hier heißt er Jonas) einen scheinbar irren Mörder und natürlich ein paar Leichen. Das ganze wird garniert mit Kapiteln die nach Teesorten benannt sind. Ein kleines Brevier am Ende erklärt auch die verschiedenen genannten Teesorten und ihre Wirkung. Vor dem Genuss von Druidentee sollte man vielleicht doch absehen, er enthält Hanfblätter und das könnte die Polizei vielleicht falsch verstehen.

321 Seiten wirklich spannende Unterhaltung, die anscheinend vor allem für Frauen geschrieben ist, für nur Euro 9,90, da sollte man zugreifen. „Ausgetanzt“ ist die beste Lektüre für einen Urlaub im Salzkammergut, der passende Regentag kommt bestimmt.

### Ausgetanzt

Anni Brückl  
Gmeiner-Verlag, Euro 9,90  
ISBN 978-3-8392-1101-4

## Abrechnung mit der Finanzmafia

„Pflichtwidriges Vernichten fremden Kapitals ist eine Straftat“ stellte der Deutsche Bundespräsident Christian Wulff fest. Handelte es sich bei der Finanzkrise um Systemrisiko oder um Organisierte Kriminalität? Waren die Banker, welche die die seit 80 Jahren ärgste Finanzkrise verursachten, unfähig oder kriminell? Wo sind die Grenzen von unmoralischem und kriminellen strafbaren Verhalten? Stehen wir nach der Krise bereits wieder vor einer neuen Krise, da an den Finanzplätzen wieder munter gezockt wird? Ist das Strafrecht überhaupt geeignet diese Phänomene in den Griff zu bekommen? Die Hypo Group Alpe Adria, die Bayrische Bank, Madoff, Goldman Sachs, werden im Buch angesprochen. Die Antwort auf diese und weitere Fragen findet man in dem soeben im Westendverlag erschienenen Buch „Finanzmafia“. Der Autor ist kein Unbekannter: Dr. Wolfgang Hetzer.

Hetzer, Dr. der Rechts- und Staatswissenschaften, leitet seit 2002 die Abteilung „Intelligence: Strategic Assessment & Analysis im Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung, OLAF, in Brüssel. Für die Vereinigung Kriminaldienst Österreich hat er über das Thema bereits am 14. Jänner des heurigen Jahres einen Vortrag gehalten und für die erste Ausgabe unserer „Dokumente“ die Texte geliefert. Unter dem Titel „Bürger-Banker-Banditen-Bonzen“ zeigte Hetzer darin schonungslos die Verbindung von Kommerz und Korruption auf.

Auch bei der Vorstellung seines Buches „Finanzmafia“, die unter unserer Patronanz stattfand, befanden sich unter den rund hundert Besuchern einige Mitglieder der VKÖ, die mit dem Autor begeistert diskutierten.

• Maximilian Edelbacher

Finanzmafia  
Dr. Wolfgang Hetzer  
Westendverlag  
272 Seiten, €20,60  
ISBN 978-3-938060-70-4



v.l.n.r. Der Autor Dr. Hetzer mit  
VKÖ Bildungsreferent Mag.  
Edelbacher



England:

# Piratenjäger stellen die Geschäfte ein

Immer wieder erhalten Internetnutzer von tatsächlich oder angeblichen Berechtigten Briefe in denen sie der Verletzung von Urheberrechten bezichtigt werden. Die Alternative lautet meist Anzeige bei Gericht oder Abschlagszahlung an eine Rechtsanwaltskanzlei. Während diese merkwürdigen Geschäfte im deutschsprachigen Raum noch immer florieren, ging man in England einen Schritt weiter. Dort scheinen die selbsternannten Piratenjäger nunmehr aufgegeben zu haben, berichtet die BBC.

Vor allem der Vorwurf, dass auch Unschuldige derartige Briefe erhalten haben sollen, sorgte für Kritik. Von jenen Menschen, die Warnbriefe erhalten hatten, hatten sich 27 entschlossen, vor Gericht zu gehen. Die Schließung der einschlägigen Unternehmen wird nun

vor Ende der Verfahren öffentlich - ein Verfahren in dem vor allem die Machenschaften der Firmen „MediaCAT“ und „ACSLaw“ immer wieder heftig in Frage gestellt wurden.

Richter Birss hatte die Geschäftsmethoden der Unternehmen kritisiert - unter anderem den Umstand, dass die Kanzleien 65 Pro-

zent der bezahlten Bußgelder für sich behielten und nur 30 Prozent an die Rechteinhaber weitergaben.

## Richter lehnte ab

Schon zu Beginn der Verfahren, als klar wurde, dass man vor Gericht gehen würde, hatte MediaCAT versucht, sämtliche Anklagen fallen zu lassen. Der Richter hatte das jedoch abgelehnt. Er sei mit der Situation nicht gerade glücklich, so Birss. "Ich habe den Eindruck, dass jede Handlung seit Beginn der Verfahren das Ziel hatte, eine genaue Untersuchung zu verhindern." Nun ließ der verantwortliche Geschäftsführer vor Gericht einen Brief verlesen, in dem er bekanntgab, dass er sich nicht weiter mit den Fällen beschäftigen wolle - dies verursache ihm zu viele Schwierigkeiten.



**Piratenjäger - ein merkwürdiges Geschäft**